

Initiativantrag für den 67.Bundesparteitag der ÖDP in Chemnitz vom 16.-18.10.2026

Der Bundesparteitag möge beschließen: Die ÖDP engagiert sich für ein friedliches Miteinander im eigenen Land wie auch mit anderen Staaten. Sie lehnt von daher die Pläne und insbesondere die Wortwahl der Bundesregierung ab, Deutschland „kriegstüchtig“ zu machen. Die ÖDP erkennt nicht, dass es notwendig ist, eine funktionierende Armee zu haben. Sie ist aber gleichzeitig der Auffassung, dass Feindbilder nicht zementiert werden dürfen, sondern abgebaut werden müssen. Von daher sieht sie auch der Ukraine-Politik der Bundesregierung mit großer Sorge. Russland ist unser europäischer Nachbar, mit dem wir mittel- und langfristig zu einem guten und friedlichen Miteinander finden müssen.

Der Bundesvorstand wird mit Annahme dieses Beschlusses beauftragt, diesen offensiv in öffentlichen Stellungnahmen und Publikationen zu vertreten.

Begründung:

Der Antrag wird als Initiativantrag eingebracht, da zum Zeitpunkt der Landtagswahlen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern die regulären Antragsfristen zum Bundesparteitag schon verstrichen waren.

Bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern haben ökologische Themen keine Rolle gespielt. Die politischen Diskurse im Bund und in den Ländern fokussieren sich derzeit auf andere Themen. Die ÖDP kann diese Tatsache nicht ignorieren. Sie sollte sich dazu deutlich äußern, wenngleich die ökologischen Themen ihr Markenkern bleiben müssen.

Wenn man die Wahlergebnisse von AfD und BSW bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern addiert, dann haben in der aufgeführten Reihenfolge der Länder 49,1%, 20,8% und 43,1% der Wählerinnen und Wähler ihre Stimme einer der beiden Parteien gegeben, deren programmatische Schnittmenge darin besteht, dass sie die Ukraine-Politik der Bundesregierung ablehnen. Es liegt die Vermutung nahe, dass auch viele Wählerinnen und Wähler einer bürgerlichen Partei der Mitte diese Ablehnung teilen, ohne sich an den politischen Rand drängen zu lassen. Von daher sollte die ÖDP den Mut fassen, sich als Friedenspartei auch deutlich bei einem Thema, das so viele Menschen bewegt, zu positionieren und den Menschen eine Stimme zu geben, die durch die vorherrschende Kriegerhetorik und eine problematische Außenpolitik stark beunruhigt sind.

Name des/der Delegierten, delegiert von ..., Unterschrift

Initiativantrag für den 67.Bundesparteitag der ÖDP in Chemnitz vom 16.-
18.10.2026

Der Bundesparteitag möge beschließen: Die ÖDP engagiert sich für ein friedliches Miteinander im eigenen Land wie auch mit anderen Staaten. Sie lehnt von daher die Pläne und insbesondere die Wortwahl der Bundesregierung ab, Deutschland „kriegstüchtig“ zu machen. Die ÖDP erkennt nicht, dass es notwendig ist, eine funktionierende Armee zu haben. Sie ist aber gleichzeitig der Auffassung, dass Feindbilder nicht zementiert werden dürfen, sondern abgebaut werden müssen. Von daher sieht sie auch der Ukraine-Politik der Bundesregierung mit großer Sorge. Russland ist unser europäischer Nachbar, mit dem wir mittel- und langfristig zu einem guten und friedlichen Miteinander finden müssen.

Der Bundesvorstand wird mit Annahme dieses Beschlusses beauftragt, diesen offensiv in öffentlichen Stellungnahmen und Publikationen zu vertreten.

Name des/der Delegierten, delegiert von ..., Unterschrift

2.

3.

4.

5.

6.

7.

8.

9.

10.

11.

12.

13.

14.

Initiativantrag für den 67.Bundesparteitag der ÖDP in Chemnitz vom 16.-
18.10.2026

Der Bundesparteitag möge beschließen: Die ÖDP engagiert sich für ein friedliches Miteinander im eigenen Land wie auch mit anderen Staaten. Sie lehnt von daher die Pläne und insbesondere die Wortwahl der Bundesregierung ab, Deutschland „kriegstüchtig“ zu machen. Die ÖDP erkennt nicht, dass es notwendig ist, eine funktionierende Armee zu haben. Sie ist aber gleichzeitig der Auffassung, dass Feindbilder nicht zementiert werden dürfen, sondern abgebaut werden müssen. Von daher sieht sie auch der Ukraine-Politik der Bundesregierung mit großer Sorge. Russland ist unser europäischer Nachbar, mit dem wir mittel- und langfristig zu einem guten und friedlichen Miteinander finden müssen.

Der Bundesvorstand wird mit Annahme dieses Beschlusses beauftragt, diesen offensiv in öffentlichen Stellungnahmen und Publikationen zu vertreten.

Name des/der Delegierten, delegiert von ..., Unterschrift

15.

16.

17.

18.

19.

20.

21.

22.

23.

24.